

„Home-grown“-Szene

Religiös motivierter Extremismus und Terrorismus sind die größte Bedrohung der inneren Sicherheit in Österreich. Rechtsextremismus und Linksextremismus stellen derzeit keine akute Gefahr für die Demokratie dar.

Die nach wie vor größte Bedrohung für die Sicherheit Österreichs geht von religiös motiviertem Extremismus und Terrorismus aus“, sagte der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler, bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2014 am 3. Juli 2015 in Wien. „Sorgen bereiten uns dabei vor allem jene vornehmlich jungen Menschen, die aus Österreich in den Dschihad nach Syrien oder in den Irak reisen und danach wieder in unser Land zurückkehren.“

Seit der Gründung des „Islamischen Staates“ kommt es vermehrt zu Ausreisen von überwiegend Männern zwischen 18 und 35 Jahren nach Syrien und in den Irak. Besonders junge Muslime aus zweiter und dritter Generation sowie Konvertiten fühlen sich angesprochen und tragen zur Bildung einer „Home-grown“-Szene in Österreich bei. Bislang wurden mehr als 230 Personen identifiziert, die ausgereist sind, um in terroristischen Organisationen, im „Heiligen Krieg“, zu kämpfen. Mehr als 70 dieser Personen sind nach Österreich zurückgekehrt und 39 wurden höchstwahrscheinlich im Krisengebiet getötet. Insgesamt wurden 174 Strafverfahren nach den Terrorismus-Paragrafen des Strafrechts eingeleitet. Bis Juli 2015 gab es 14 Verurteilungen.

Radikalisierung. Die Sicherheitsbehörden setzen Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung. (Präventions-)Polizisten werden für das Thema Radikalisierung sensibilisiert, um Anzeichen richtig deuten zu können.

Das Personal der Justizanstalten in Österreich wurde geschult, um Tendenzen einer Radikalisierung erkennen zu können. Auch mit Bildungseinrichtun-



gen und dem Sozialministerium bestehen Kooperationen. Im Dezember 2014 wurde die „Beratungsstelle Extremismus“ eingerichtet. Sie ist eine Anlauf- bzw. Koordinationsstelle vor allem für Menschen, die bei Angehörigen oder Freunden Radikalisierungstendenzen beobachten. Im Fokus der Tätigkeit steht ein gesamtgesellschaftlicher Lösungsansatz mit der Prämisse, dass Radikalisierungstendenzen primär durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Einrichtungen begegnet werden soll. Sicherheitsbehörden sollen erst zur Gefahrenabwehr aktiv werden.

Rechtsextremismus. Die Zahl der Anzeigen wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist im Vergleich zu 2013 nahezu gleich geblieben (2013: 1.186; 2014: 1.201). 663 Anzeigen gab es nach dem Verbotsgesetz und 489 nach dem Strafgesetzbuch. Die Aufklärungsquote ist im Fünf-Jahres-Vergleich zwar niedriger als im Vorjahr, aber mit 59,7 Prozent der zweitbeste Wert. In der Meldestelle „NS-Wiederbetätigung“ gingen im Vorjahr 3.354 Hinweise ein, 2013 waren es 1.900. Die starke Zunahme der Meldungen dürfte auf die anhaltende Wachsamkeit, gestiegene Sensibilisierung und Anzeigebereitschaft der Bevölkerung

sowie auf die höher werdende Zahl einschlägiger Handlungen im Internet und in sozialen Netzwerken zurückzuführen sein. Die Anzahl der strafrechtlich relevanten Hinweise an die Meldestelle ist von 476 (2013) um 30 Prozent auf 629 (2014) gestiegen.

Linksextremismus.

Wegen linksextremistisch motivierter Straftaten gab es im vergangenen Jahr 545 Anzeigen. Allein 206 Anzeigen nach dem Strafgesetzbuch erfolgten nach gewalttätigen Protesten beim „Wiener Akademikerball“.

Dabei gab es unter anderem vier verletzte Exekutivbeamte, zwei weitere Verletzte und schwere Sachbeschädigungen an einer Polizeiinspektion, mehreren Geschäftslokalen und Autos. Die Aufklärungsquote bei den linksextremistisch motivierten Straftaten betrug 25,3 Prozent.

Trotz des Anstiegs der Zahl der Anzeigen sind die Werte im internationalen Vergleich niedrig. Sowohl der Rechtsextremismus als auch der Linksextremismus stellen derzeit keine akute Gefahr für die Demokratie in Österreich dar.

Nachrichtendienste/Spionage.

Österreich ist nach wie vor ein attraktiver Standort für nachrichtendienstliche Aktivitäten. Grund dafür sind unter anderem die geografische Lage und der Umstand, dass internationale Organisationen ihren Sitz in Wien haben. Außerdem gibt es viele Betriebe, die Spezialwissen haben und daher Ziel für Industrie- und Wirtschaftsspionage sind.

Sobald der Verdacht von Spionageaktivitäten bekannt wird, erstatten die Staatsschutzbehörden Anzeige an die Staatsanwaltschaft. Die Einrichtung, der Betrieb oder die Unterstützung eines geheimen Nachrichtendienstes ist in



Präsentation des Verfassungsschutzberichts 2014: BVT-Direktor Peter Gridling, Dominik Fasching (BVT), Verena Fabris (Leiterin der Beratungsstelle Extremismus), Martin Weiss (BVT), Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Konrad Kogler.

Osterreich nur dann gerichtlich strafbar, wenn zum Nachteil der Republik Österreich gehandelt wird. Diplomatische Einrichtungen sind extritoriale Gebiete und unterliegen der Immunität.

Einer Studie von „Corporate Trust“ zufolge war in den letzten Jahren jedes zweite österreichische Unternehmen von einem Vorfall bzw. Verdachtsfall im Bereich Wirtschafts- und Industriespionage betroffen. Etwa ein Drittel der betroffenen Unternehmen erlitt immateriellen Schaden, in 75 Prozent der Fälle kam es darüber hinaus zu finanziellen Schäden zwischen 10.000 und einer Million Euro. Der jährliche Schaden für den Wirtschaftsstandort Österreich wird auf 1,6 Milliarden Euro geschätzt.

Der Schutz kritischer Infrastruktureinrichtungen wurde im Juni 2014 als sicherheitspolizeiliche Aufgabe im Sicherheitspolizeigesetz geregelt. Für die Umsetzung im Innenministerium ist das BVT zuständig. „Kritische Infrastrukturen“ sind alle Unternehmen, die die Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern oder Dienstleistungen versor-

gen (z. B. Elektrizitäts- und Ölunternehmen, Banken, Mobilfunk- und Internetbetreiber, Krankenhäuser, Medikamentenhersteller, große Lebensmittelhändler, Schienen- und Luftfahrtunternehmen).

Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen. Im Jahr 2014 gab es in Österreich 45 staatsschutzrelevante Drohungen, Nötigungen oder Angriffe, bei denen oberste Organe und verfassungsmäßige Einrichtungen betroffen waren – unter anderem der Bundespräsident, der Bundeskanzler, Bundesminister und Landeshauptleute. Die Staatsschutzbehörden führten Sicherheitsberatungen durch und verstärkten die mobile Überwachung sowie den Perso-



Verfassungsschutzbericht: Bedrohung durch religiös motiviertem Extremismus und Terrorismus.

nen-, Objekt- und Veranstaltungsschutz.

Cyber-Angriffe. Durch die rasante Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie und die voranschreitende Vernetzung steigt die Gefahr von Cyber-Angriffen. Das Gefahrenpotenzial ist enorm, täglich kommen ca. 200.000 neue Schadprogramme hinzu.

2014 kam es zu einigen sicherheitsrelevanten Vorfällen, darunter Angriffe einer weltweit agierenden Hackergruppe auf Energieunternehmen und Cyber-Angriffe.

Repression und Prävention. „Um die Sicherheit der Menschen in Österreich bestmöglich zu gewährleisten, braucht es sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen“, sagte Generaldirektor Kogler. „Wir sind daher als Gesellschaft gefordert, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und alle Bedrohungen gegen die Grundrechte und Werte unserer demokratischen Gesellschaft bestmöglich zu verhindern.“